

Die Freiheit

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zulassung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühren erforderlich.

Berliner Organ

Herausgeber: Amt Norden Nr. 110 07, 110 08 und 110 49
Inserate kosten die Nebenspaltsene Zeile ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends 30 Pf. jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Werksammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Samstag, den 16. November 1918

Nummer 3

Die Hilfsaktion Ameritas.

Freie Gewerkschaften und Neuwahl der Arbeiterräte.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats gibt bekannt:

„Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen für alle in den Betrieben Groß-Berlins beschäftigten Personen ist Aufgabe der freien Gewerkschaften. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und der Umgegend wird ermächtigt, sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Dieser veröffentlicht die Gewerkschaftskommission folgende Bekanntmachung:

„Nachdem der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates den freien Gewerkschaften die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen für alle in den Betrieben Groß-Berlins beschäftigten Personen übertragen hat, und weiter der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und der Umgegend ermächtigt wurde, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, wird hiermit folgendes angeordnet:

Die bestehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in den Betrieben Groß-Berlins werden hiermit aufgelöst. Es haben in allen Betrieben Neuwahlen der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zu erfolgen, auch da, wo bisher Ausschüsse nicht bestanden haben.

Die Vorbereitung und Leitung der Wahlen erfolgt durch eine Kommission, die sofort von Vertrauenspersonen der freien Gewerkschaften zu bilden ist.

In Verbindung mit den Betriebsleitungen setzt die Kommission den Tag der Wahl fest. Die Wahl selbst erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht nach den diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen des ehemaligen Gesetzes über den unterländischen Vorkriegsdienst.

Alle für die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse maßgebenden Bestimmungen dieses Gesetzes gelten als Grundlage für die Wahlen mit folgenden Abänderungen:

Die Frist für die Einreichung der Listen und das Stattfinden der Wahlen soll möglichst kurz gehalten sein. Von dem Tage der Bekanntmachung des Wahltermins an soll die Einreichung der Listen in längstens drei Tagen erfolgen, während die Wahl selbst ebenfalls längstens in drei Tagen nach Ablauf des Termins für die Einreichung der Listen zu erfolgen hat.

Die so gewählten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gelten als die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter bzw. Angestellten.

Den Ausschüssen liegt die Regelung der gesamten Arbeitsverhältnisse der Arbeiter bzw. Angestellten ob, insbesondere die Regelung der Arbeitszeit, der Entlohnung usw. Sie haben ihre Tätigkeit im Einklang mit der Betriebsleitung durchzuführen. Den in den Betrieben tätigen Mitgliedern des Arbeiterrates kann die Aufgabe überwiesen werden, die Wahlarbeiten zu erledigen. Auch können die Mitglieder des Arbeiterrates in den Arbeiter- bzw. Angestelltenausschuss gewählt werden.

Betriebe mit weniger als 50 Arbeitern bzw. Angestellten können ebenfalls einen Arbeiterratsausschuss nach denselben Grundregeln wählen.

Die Anzahl der Mitglieder des Arbeiterratsausschusses bestimmt die Kommission, die die Wahl vorbereiten hat.

Wahlberechtigt und wählbar sind alle Beschäftigten beiderlei Geschlechts über 20 Jahre.

Sobald der Arbeiter- oder Angestelltenausschuss gewählt ist, hat er sich mit der zuständigen freien Gewerkschaft über die Regelung des künftigen Arbeitsverhältnisses im Betriebe

in Verbindung zu setzen. Alle Maßnahmen, die von den Arbeiterratsausschüssen für notwendig erachtet werden, bedürfen der Zustimmung der zuständigen Gewerkschaftsorganisation. Es ist ferner Aufgabe des Arbeiterratsausschusses, dafür Sorge zu tragen, daß in allen Betrieben, Betriebsabteilungen usw. Vertrauensleute der Gewerkschaften tätig sind.

Die Arbeiterratsausschüsse und Vertrauensleute dürfen in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden.

Berlin, den 15. November 1918.

Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und der Umgegend.

Am Auftrage:
H. Körsten.

Die Lebensmittelzufuhr aus Amerika. Acht Lebensmitteldampfer nach Deutschland abfahrbereit.

Wie die „Times“ berichtet, verlassen acht ehemalige deutsche Dampfer mit Lebensmitteln für Deutschland am 19. November den New Yorker Hafen.

Der Hilferuf Deutschlands hat nicht nur auf die Regierung, sondern auf die gesamte Bevölkerung der Vereinigten Staaten einen geradezu erschütternden Eindruck gemacht. Die Stimmung, die in Amerika gegen das alte Deutschland herrscht, ist nach der Revolution völlig umgeschlagen.

Deutsche Schiffe und Kohlen für den Transport

Im Gespräch über die letzte Note Wilsons sagt Kabinettmitglied Cbert einem Redakteur der „V. N.“:

„Wir haben heute Besprechungen mit führenden Faktoren gepflogen, dahingehend, daß Schiffe, Kohle und alles Nötige sofort bereitgestellt werde, um die von Amerika bewilligten Nahrungsmittel so rasch wie möglich ins Land zu bringen.“

Deutschland erbittet amerikanische Unterhändler.

Die deutsche Regierung hat eine Note nach Washington geschickt, in der mit Dank davon Kenntnis genommen wird, daß Präsident Wilson gewillt ist, die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in günstigem Sinne zu erwägen. Es wird darauf hingewiesen, daß größte Eile sei, und daß die Annahme der drückenden Waffenstillstandsbedingungen mit ihren Folgen die Lage bei uns täglich unerträglich mache. Die Gefahr anarischer Zustände könne nur bei schnellster Hilfe beseitigt werden. Die deutsche Regierung bittet deshalb so schnell als möglich Vertreter nach dem Haag oder einem anderen Orte zu entsenden, um dort mit deutschen Bevollmächtigten die Einzelheiten zu beraten. Die Note regt an, daß die Angelegenheit vielleicht in die bewährten Hände des Herrn Hoover gelegt werden könnte.

Bedingungen Bonar Laws.

Im englischen Unterhaus hat Bonar Law auf eine Anfrage erklärt:

Die Angelegenheit solle in die Hände des internationalen Nahrungsmittelrates gelegt werden, der sofort Schritte in der Angelegenheit unternommen hat. Er hofft in der Lage zu sein, für die Bedürfnisse der betreffenden Völker zu sorgen. Sollten sich jedoch Störungen in der öffentlichen Ordnung ereignen, so wird die Unterstützung der Vorkriegsnotwendigerweise verzögert oder sonst behindert werden.

Die Sorge der Alliierten um die „öffentliche Ordnung“ in Deutschland ist sehr bezeichnend.

Nicht stehen bleiben!

Zweihundzwanzig Donatien sind gefallen oder klammern sich noch verzweifelt an den bröckelnden Felsen.

Das waren nur die Puppen. Nun müssen die Drahtzieher herantreten.

Das sind die Träger des Kapitalismus, die unackrönten Könige in Börse und Bureau; die wahren Urheber unseres Unglücks, der verbrecherischen Politik, die den Weltkrieg heraufbeschwor. Das sind die internationalen Feinde des Friedens und des Rechtes; die imperialistischen Geier, die Sturm läsen, um zwischen Leichen Strandgut berauben zu können.

Wollen wir den Völkerrfrieden, wollen wir das Glück und eine bessere Zukunft unseres Volkes, wollen wir die Wunden heilen, die dieser uneliasche Krieg geschlagen, dann dürfen wir nicht halt machen nach dem Sturz der Vorkriegsträger; wir müssen bis zur Wurzel allen Übels, bis zu dem Kapital als dem Träger der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung.

Was wir bis jetzt zerklüftet, was morsch bis ins Mark hinein. Die Hauptarbeit steht uns bevor. Die Andra des Kapitalismus hat mehr als 22 Köpfe, und der lunae Verfallsrevolution wird alle Kraft, alle Energie zusammenraffen müssen, um ihrer Herr zu werden.

Nicht stehen bleiben! Wir müssen weiter! Müssen sofort weiter! Die Tat duldet keinen Aufschub.

Die Regierung der sozialen Republik muß unverzüglich Hand an die ardenen und gerade in diesen Tagen so lebenswichtigen Betriebe legen, muß sie sofort als Nationalvermögen erklären.

Die Bergwerke müssen Nationalvermögen werden. Wir brauchen Kohlen. Der Winter steht vor der Tür, erschreckend, drohend denn je. Die Industrie muß mehr als zuvor versorgt werden. Der Verkehr wird auf Monate hinaus eine unerhörte Störung erfahren. Wir brauchen Erze. Ohne Rohstoffe keine Fertigwaren. Wir brauchen Kautschuk. Die Kettler sind aufs äußerste erschöpft.

Die Betriebe der Schwerindustrie und der verwandten Industrien müssen Nationalvermögen werden. Dringend nötig ist Erzkohle für das im Krieges Versorene; dringend nötig die Wiederherstellung des Beschädigten. Es manzelt an Rohstoffen und Halbwaren, an Stab- und Normeisen, Schienen und Trägern, Draht und Nieten. Es manzelt an Werkzeugen, an Kraftwagen, Maschinen, Lokomotiven, Transportschiffen, Eisenbahnwagen.

Die Werke der Textilindustrie müssen Nationalvermögen werden. Unübersehbar ist der Bedarf an Wolle und Baumwolle, an Web- und Spinnstoffen, an Bindfäden, Säden, Kleiderstoffen.

Die Werke der chemischen, der Nahrungsmittel-, der elektrischen, der Leder- Großindustrie — sie alle müssen Nationalvermögen werden.

Wir brauchen Arbeit. Mehr als acht Millionen Soldaten, mehr als sechzehn Millionen Hände werden in einigen Wochen wieder in der Heimat sein; sie werden Beschäftigung, Verdienst, Brot verlangen. Sie haben ein Recht darauf.

Nicht stehen bleiben! Es ist ein Riesenschritt, den wir tun müssen. Ein breiter Graben liegt vor uns. Die revolutionären Tage, die hinter uns liegen, waren der Anlauf. Nun kein Zaudern, kein Pötern. Wir müssen hinüber. Oder wir sind wert, im Graben zu erlaufen.

Es gilt die Interessen unseres Volkes und Landes. Es gilt die Grundgedanken der Revolution!

Unser größter Feind ist die Angst vor der eigenen Courage.

Wir dürfen nicht warten. Schon nicht hier der eine, dort der andere Kapitalist seine Kriegsgewinne über die Grenze zu bringen. Schon nehren sich die Zeichen, daß der Kapitalismus auch die

gegenwärtige Notlage zu Breistreibereien und zu Ueber-
gewinnen auszunutzen nicht.

Die Betriebe müssen arbeiten. Aber für
die Gesamtheit. Nicht für die Kapitalisten,
nicht für die Direktoren und Aktionäre.

Die Regierung muß eine sofortige Be-
schlagnahme aller wichtigen Werke ver-
fügen. Die finanzielle Auseinandersetzung kann später
erfolgen.

Das geht alles. Ist im Krieg hundertmal gegangen.
Man hat in Feindesland, im okkupierten Gebiet alle Be-
triebe arbeiten lassen, soweit sie militärisch nötig waren.
Man hat keine Gewissenskrümel gehabt, keine Angst vor dem
Recht Privatigentum. Das Militär verfügte, seine
Zwangsverwalter an die Spitze der Werke. Es ging. Es
ging sehr gut. Es wurde gearbeitet, nötigenfalls mit dem
Doppellohn vor dem Fabrikator, und es wurde produziert.

Ruh wohl! Die Regierung verflucht. Sie sehr Zwangs-
verwalter in die Betriebe. Der Vollzugsausschuh des
Arbeiter- und Soldatenrates wird die Macht haben, den Re-
gierungsmahnahmen zur Durchführung zu verhelfen. Es
wird gehen. Es wird sehr gut gehen. Es wird gearbeitet,
nötigenfalls mit einem Doppellohn vor dem Direktoren-
zimmer, und es wird produziert werden.

Die heilseitiggehobenen Kapitalisten in Feindesland
proklamierten und schrien Aeter und Morbio. Die unseren
werden es auch tun. Vielleicht lauter noch. Sie werden, be-
günstigt durch die Freiheit, die erst die Revolution uns brachte,
im Lande haushieren gehen: Sammlung des Viraerturns,
Schuh seiner Heiligkeit des Privatigentums. Sie werden
dabei nicht stehen bleiben. Sie werden auch vor dem Vater-
landserrat nicht zurücktreten und ein Bündnis mit denen
schließen, gegen die sie unsere Besten in den Tod geschickt
mit den Kapitalisten in Feindesland, mit den herrschenden
Klassen der Ententestaaten.

Das darf uns alles nicht hindern. Wir müssen kon-
sequent sein. Nüssen radikal aufräumen. Unter Appell an
das internationale Proletariat wird nicht verhallen.

Wir sind Eroberer. Fernen wir von den imperialisti-
schen Eroberern. Keine Rücksichten, keine Einträube. Son-
dern ist das Gebot der Stunde.

Was Ludendorff durfte, was er unter dem Beifall der-
selben Bourgeoisie verfügen und durchführen durfte, die
heute zähneklammernd um ihre Würde bangt, was Luden-
dorff im strategischen und militärischen Interesse durfte, das
dürfen wir erst recht.

Der Militarismus verfügte Beschlag-
nahmen des Privatigentums, Zwangsverwaltung
der feindlichen Industrie, angeblich im In-
teresse der Allgemeinheit, in Wirklichkeit
im Interesse des heimischen Kapitals, und
erklärte sich durch das Völkerrecht dazu
autorisiert.

Tun wir dasselbe. Diesmal aber wirk-
lich zum Wohle der Allgemeinheit, autori-
siert durch das Recht des Volkes.

Der Waffenstillstand zur See.

Die deutschen Unterhändler unterbreiten
die Vorschläge.

Aus London wird unter dem 15. November gemeldet:
gehen werden, um Beatts die deutschen Vorschläge für die
Kreuzer „Königsberg“ heute nachmittag mit einem britischen
Kriegsschiff zusammenzutraf und zu einem Punkte auf See
effortiert werden wird, wo die deutschen Delegierten ihr
Schiff verlassen und sich auf das britische Kriegsschiff be-
geben werden, um Beatts die deutschen Vorschläge für die
Durchführung der auf die Kriegserklärungen bezüglichen Be-
dingungen des Waffenstillstandes vorzulegen.

Die Räumung im Westen.

Die Räumung der besetzten Gebiete im Westen
geht bisher, wie Wolffs Telegramm-Bureau meldet, soweit es sich um
den Abmarsch geschlossener Truppenteile handelt, planmäßig vor
sich. Trotz der großen Schwierigkeiten ist es bisher auch gelungen,
ausreichende Verpflegung heranzuschaffen. Wenn der Nachschub
aus der Heimat gesichert bleibt und nicht durch Behinderungen oder
Sahmunterschiedungen gefährdet wird, wird sich der Abmarsch vor-
ausichtlich auch weiterhin glatt abwickeln. Teile der im rüd-
wärtigen Gebiet der Westfront untergebrachten Truppen haben,
beunruhigt durch alarmierende Nachrichten anbrufenen Beatts, die
sich als Angehörige von heimatischen Arbeiter- und Soldatenräten
angeben, tatsächlich aber diesen völlig entgegenarbeiten, ihre
Truppenteile verlassen und Strömen der Heimat zu. Sie bilden
für den geregelten Abmarsch der Masse des Heeres und für die
Versorgung des Heeres und der Heimat eine ernste Gefahr,
die nur durch zielbewusstes und tatkräftiges Handeln der Heimat-
behörden behoben werden kann.

Die Räumung der besetzten Gebiete und des westlichen Rhein-
landes hat durch Zusatzbestimmungen des Oberkommandos der
Alliierten, die erst nach Ausgabe unserer Marschbefehle bekannt
wurden, eine bedeutende Erschwerung erfahren, die einen
geregelten Abmarsch in der festgesetzten Frist stellen-
weise unmöglich macht. Die Oberste Heeresleitung ist beim
Oberkommando der Alliierten ernstlich vorstellig geworden. Bisher
jedoch ohne Erfolg.

Aus Straßburg wird vom 15. November gemeldet:
Nachdem gestern an der Festscheimer Weide französische Pa-
trouillen gemeldet worden sind, dürfte Colmar heute von fran-
zösischen Truppen besetzt sein. In Wülshausen erwartet man
den Eingang französischer Truppen für heute mittag. Die „Wül-
shausener Volkszeitung“ hat ihr Erscheinen eingestellt.

England wird die U-Boote nicht internieren.

Die deutsche Wasserstillstandskommission teil
dem Vollzugsrat der Arbeit und Soldatenrat die sofortigen Ueber-
mittlung an alle U-Boot-Befehle und beteu-
rte den Werksarbeiter mit, daß sie sich durch direkte Frage an den
englischen Admiral Sir Rosslyn Wemyss die vorübergehende Zulage
und absolute Schwereit verschafft hat, daß sämtliche Be-
fehle von dem Wasserstillstandverträge anzutru-
ckenden U-Boote alsbald nach deren Eintreffen in den von Eng-
land bestimmten Häfen in die deutsche Heimat zurück-
zuführen werden würden. Es ist dadurch jede Gefahr für die

persönliche Freiheit und Sicherheit der Befehlsleute ausgeschlossen.
Erfolgt die Auslieferung nicht innerhalb der bestimmten Frist, so
haben die Besatzung sich das Recht schriftlich vorbehalten, Delgo-
land zu besetzen und den Wasserstillstand sofort zu kündigen.
Der Arbeiter- und Soldatenrat Wilhelmshaven erläßt einen
Aufruf in gleicher Richtung, in dem noch vermeldet wird: Sämt-
liche Mannschaften derjenigen Schiffe, die nach einem feindlichen
Angriff übergeführt werden, werden mit 10.000 M. versichert, wel-
cher Betrag im Falle des Todes den Angehörigen zu zahlen ist.
Im Falle eines Unfalls wird eine dementsprechende Sonderrente
gewährt. In Anbetracht des schweren Dienstes auf den U-Booten
wird den verletzten Kameraden dieser Boote außerdem für
jede Ueberführung eine Prämie von 500 M., den Kameraden
eine solche von 300 M. gewährt.

Alle Besatzen der U-Boot-Rotoren gegen die Ueberführung
der U-Boote nach englischen Häfen werden damit hinfällig.

Der Rückmarsch durch Ungarn.

Der ungarische Nationalrat hat von der deut-
schen Vollzugsregierung ein Telegramm erhalten, in dem es
u. a. heißt: Deutschland würde es dankbar aufnehmen, wenn die
ungarische Regierung dem Durchzug der deutschen Trup-
pen auf Grund des am 11. November zwischen der Entente und
Deutschland abgeschlossenen allgemeinen Waffenstillstandes unter
freundschafter Begleitung der Truppen der Eisenbahnbeförderung
und Verpflegung erleichterte, damit auf die bequeme Weise die
deutschen Soldaten so bald als möglich abziehen und auf heimat-
lichem Boden zum Friedenszustand übergehen können.

Neuer Staatssekretär.

Zunächst wird gemeldet:

Der Rat der Volkswirtschaften hat in seiner heutigen Sitzung
Professor Dr. Hugo Preuß zum Staatssekretär des
Innern ernannt. Die Geschäfte des Reichsministeriums führt
Dr. Solz, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Prof. Dr. Hugo Preuß zieht sich einer bürgerlichen Partei
zu, ist aber wiederholt mannschaft für seine demokratischen Ueber-
zeugungen eingetreten. Seine Schriften gegen den „Abgeleits-
staat“ haben seinen Namen weiteren Kreisen bekannt gemacht.

Ein deutscher Gesandter in Warschau.

Die deutsche Regierung beschloß, wie von ant unter-
richteter Stelle mitgeteilt wird, einen deutschen Gesandten
in Warschau zu ernennen. Vermutlich dürfte als erster
deutscher Gesandter Graf Kessel nach Warschau entsandt
werden, der früher der Gesandtschaft in Bern anwachte und
schon seit längerer Zeit wegen seiner demokratisch-republi-
kanischen Gesinnung bekannt war.

Die Revolution in Preußen.

Auflösung des Dreiklassenhauses. — Beseitigung
des Herrenhauses.

Berlin, 15. November. In Uebereinstimmung mit
einem Beschlusse des Vollzugsrats des Arbeiter-
und Soldatenrats verordnen wir was folgt:

Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch
aufgelöst.

Das Herrenhaus wird beseitigt.

Berlin, den 15. November 1918.

Die preussische Regierung.

gez. Ulrich, Ströbel, Braun, E. Ernst.

Nd. Goffmann, Dr. Rosenfeld.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, die hier ausgesprochen wird.
Sie ist nur die notwendige gesetzliche Festlegung eines Aktes,
der durch die Revolution schon vollzogen wurde. Dennoch werden
das preussische und das gesamtdeutsche Proletariat dieses
Dokument, das die Zerstörung der beiden Zwangsbünde des
Zustandens verurteilt, mit besonderer Verdrigung ausrechnen.
Nur dürfen die Proletarier Preußens nicht der Illusion verfallen,
daß das Werk, daran sie zu bauen haben, damit schon vollendet
wäre. Die härteste Arbeit steht noch bevor, und jedermann muß
auf seinem Posten sein!

Die Revolution in Sachien.

Die Vorschläge der Arbeiter- und Soldatenräte von Dre-
den, Leipzig und Chemnitz richten an das sächsische
Volk einen Aufruf, in dem das Ziel der proletarischen Re-
volution zusammengefaßt wird; wichtig darin ist besonders der
folgende Absatz:

Die republikanische Regierung Sachsens hat die besondere
Aufgabe, die Liquidierung des sächsischen Staates herbeizu-
führen und die einheitliche sozialistische deutsche Republik zur
Tatfache zu machen.

Die sächsischen Genossen erstreben also die Auflösung der
Einzelstaaten zugunsten einer gesamten deutschen Republik.

Die revolutionäre sächsische Regierung.

Nach einer Meldung aus Dresden setzt sich die neue Re-
gierung Sachsens aus folgenden Vollbeauftragten zusammen:
Lipinski, Inneres und Kultus; Meyer, Finanzen;
Fleischer, Militärwesen; Schwarz, Arbeitsministerium;
Dr. Grednauer, Justiz; Sud, Kultus und Unterricht.
Die Geschäfte der Ministerien sind Freitag vormittag von den
Vollbeauftragten übernommen worden.

Die rote Fahne auf dem Bremer Rathaus.

Bremen, 15. November. Heute erfolgte die offizielle Ueber-
nahme des Rathauses durch den Arbeiter- und
Soldatenrat. Derselben wählten außer einer mehrzweck-
mäßigen Vollmenge eine Abteilung der Garnison nebst der
Militärkapelle bei. Der Vorsitzende des Aktionsausschusses Re-
daktionsbeauftragter Henke hielt dabei an die versammelte Menge
eine Rede, in der er bemerkte, daß die Uebernahme der öffent-
lichen Gewalt durch den A- und S-Rat nicht ausschließt, daß
zur Ueberleitung in die neuen Verhältnisse alle, ne mitarbeiten
würden, die bisher in unserem Gemeinwesen, in der Verwaltung
und in der Befehlsgebung tätig gewesen wären. Das brauche sich
auch auf den Senat. Diese neue Einrichtung könne zunächst

wirtschaftlich nur ein Provisorium sein. Zum Zeichen des gegen-
wärtigen Besatzes werde auf dem Rathaus die rote Fahne
gehiebt, die das Symbol der Menschlichkeit sei und die nicht ein
neues Blutvergießen, sondern den kommenden Frieden verkünden
soll. Er hoffe auf ein Fortschreiten der Verbrüderung an der
Westfront, auf daß die proletarische, die sozialistische Internatio-
nale aufs neue entstehen möge als ein unerschütterliches Bollwerk
des bevorstehenden demokratischen Friedens.

Nachdem dann in der Paulshofen die rote Fahne auf den
Mast des Rathauses aufgehängt worden war, zerstreute sich die
Menge in vollster Ordnung und Ruhe.

Ein Gruß der Münchener Soldatenräte.

Aus München ist dem Berliner Soldatenrat die folgende
Sympathiebekundung zugegangen:

München, 13. November.

An den Soldatenrat der Stadt Berlin

Kameraden!

Bei großem Schrecken hat Ihr die Feste des deutschen
Imperialismus und der kaiserlichen Aristokratie in Trümmer ge-
schlagen. Großes ist geschehen. Großes hebt uns noch bevor. Die
im Taumel des Siegesrausches ihre letzte Karte ausspielende Bour-
geoisie der Entente macht gegen die siegreiche Revolution Mittel-
und Osteuropas alle Kräfte mobil. Schwächen wir unsere Reihen,
Kameraden! Schwächen wir uns um das rote Banner unserer Frei-
heit! Die bewundernswürdige Energie, mit der Ihr, Kame-
raden, eure Eroberungen vertritt, in uns Gewißheit setzt, daß
wir mit gleicher Festigkeit dem Ziele der endgültigen Befreiung
aller Unterdrückten und Entrechteten zustreben! Der Münchener
Soldatenrat, der, dem Beispiele der Avantgarde unserer Revolution,
den Kämpfern in Kiel, folgend, als erster Soldatenrat
Deutschlands sich konstituierte, sendet Euch die innigsten Glück-
wünsche.

Die Weltrevolution marschieren!

Nieder mit dem internationalen Kapitalismus!

Es lebe die revolutionäre Internationale!

Ein dreifaches Hoch auf den Berliner Soldatenrat!

Der Soldatenrat in München.

Die Antwort des Berliner Rats.

Berlin, 15. November. Der Vollzugsrat des Groß-
Berliner Arbeiter- und Soldatenrates dankt für den
brüderlichen Gruß der Republik der bayerischen Arbeiter-
und Soldatenräte. Er erblickt eine baldige Zusammen-
fassung aller revolutionären Kräfte Deutschlands zu einem
Zentralrat der deutschen A- und S-Räte,
um gemeinsam den Kampf für eine Umgestaltung Deutsch-
lands im sozialistischen Geiste aufzunehmen. Der Voll-
zugsrat begrüßt die bayerischen Genossen und Kameraden und
fordert sie auf, gemeinsam alle Kräfte einzuflehen, die Er-
rungenschaften der Revolution zu sichern und auszubauen.
Der Vollzugsrat.

Rosenbrubr. Rich. Müller.

Rußland will Mehl liefern.

Die russische Regierung richtete an Liebknecht ein Tele-
gramm, in dem sie ihn Mitteilung macht von dem ungeheuren
Eisbedarf, den die deutsche Revolution in Rußland heranzubringen
müsse, und zugleich die Absicht ankündigt, 50.000 Tsd Mehl an
das revolutionäre Deutschland zu liefern.

Geld auf der Hut!

Allerhand bedenkliche Zeichen im Reich

Schwieriger als die Beseitigung der alten Anordnung wird
die Ausrichtung der neuen Ordnung sein. Noch sind die Haupt-
schlachten nicht geschlagen. Die Arbeiter und Soldaten, die in den
Revolutionstagen festlich zu den Waffen griffen, um dem bis-
herigen System den Todesstoß zu versetzen, müssen doppelt auf
der Hut sein und dauernd Wachsamkeit üben, damit die bisherigen
Ertragsergebnisse der Revolution nicht gefährdet werden. Noch
liegen wir am Anfang. Und schon regen sich die Kräfte, die aus
dem Boden der gewesenen kapitalistisch-monarchistischen Gesell-
schaft ihren Nutzen ziehen und ihn noch weiter ziehen möchten.
So lagte am Sonntag in Köln eine Zentrumskommun-
gung, in der von stilleschen Rednern unter Zustimmung der
Anwesenden festgestellt wurde, daß die Zentrumspartei
die deutsche Republik nicht anerkenne. Sofort
die Redner zum Ausdruck brachten, daß es zu den Ueberliefe-
rungs- und Ueberzeugungsbeständen der Zentrumspolitik gehöre,
für Deutschland die Monarchie erhalten zu sehen, zu
brechen die Versammlungen in Weisungsummungen
aus.

Wie das Zentrum so werden auch die noch weiter rechts
stehenden Parteien sich nicht ohne weiteres mit den neuen Zu-
ständen abfinden und die sozialistische Republik anerkennen.
Weiter drängen auch vielfach die Arbeiter und Soldaten nicht
nach der erforderlichen Arbeit und ebnen damit, ohne daß sie
es wollen, der Gegenrevolution die Wege.

So hat man in Dresden einen „Vollrat“ gebildet, dessen
Vorsth aus einem Gewerkschaftsbeamten, einem Stadtrat und
zwei Magistratsassessoren besteht. Vorher hatten sich schon, wie
die „Dresdener Volksmacht“ berichtet, Sanitätsfeldat Voigt und
Zahmeißter Preng als Vertreter der Soldaten, Gewerks-
chaftsführer Dietrich und Redakteur Löbe als Vertreter der Ar-
beiter sowie Landtagsabgeordneter Konigsmann, Pastor Köhning
und Dr. Reigel als Vertreter der Bürger zum Stadtkommandan-
ten Grafen v. Biehl begeben, um ihn von der Neugestaltung der
Nachverhältnisse Mitteilung zu machen! Der Herr Pastor und
ähnliche Bürgerleute helfen also in Dresden die sozialistische Re-
publik errichten.

In Potsdam wiederum, dem vornehmsten Sitze des
deutschen Feudalismus, haben in einer vom Arbeiter- und Sol-
datensrat veranstalteten Versammlung die beiden Mitmeister
v. Alvensleben und Graf v. Bismarck das Wort genommen, um
zu erklären, daß sie sich der unauflöslichen Verbindung der Ar-
beiter- und Soldatenräte anschließen hätten und sich zu „auf-
richtiger“ Teilnahme an den Arbeiten des Rates verpflichteten.
Es wird Späher der revolutionären Arbeiter und Soldaten von
Potsdam sein, die „aufrichtige Teilnahme“ der beiden feudalen
Herren genau zu überwachen.

Ein Putschversuch.

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag, den 15. November, drang der Korvettenkapitän Bretschneider, der am Tage zuvor mit 300 Matrosen aus Cuxhaven eingetroffen war und sich mit dem Soldatenrat solidarisch erklärt hatte, in den Marksaal ein, bemächtigte sich der Wache, besetzte den großen Saal, wandte sich mit einer Rede an die dort befindlichen Matrosen und erklärte er habe das Kommando übernommen. Darauf wurde der alte Kommandant Wiczorek aus dem Schloß geholt. Dieser erklärte, er lasse sich von einem Offizier nicht das Kommando abnehmen. Darauf zog der Offizier seinen Revolver und schoß den Obermaat über den Gaufen. Er wurde von den auf höchst empörten Matrosen sofort niedergeschlagen.

Wir verzeichnen voll tiefem Schmerz den Tod des braven Kameraden Wiczorek, der auf der Wacht der Revolution von einer heimtückischen Kugel niedergestreckt worden ist. Wir begrüßen die Festigkeit seiner Mannschaft und das solidarische Empfinden der Cuxhavener Matrosenabteilung, die sich sofort auf die Seite der Revolution stellte, als sie erkannte, daß sie von einem Schurken irreführt worden war.

Nach einer durch das Volkische Bureau verbreiteten Darstellung handelte es sich bei dem Kapitänleutnant Bretschneider um einen „offenbar geistig geisteten Scroföler“, dessen Mitarbeit der Kommandant von Berlin bereits abgelehnt hatte. Er habe auf der Wache „nach wirren Reden“ auch nur „planlos um sich geschossen“. — Es muß dahingestellt bleiben, welcher Bericht zutrifft.

Parteiengründungen.

Neben den Verschmelzungsbestrebungen machen sich im Arbeiterum auch Parteilagerungsbestrebungen geltend. Das „Berl. Tageblatt“ bringt einen Aufruf der neuen Richtung der fortschrittlichen Volkspartei in dem der Sozialdemokratie die Lösung der sozialen Demokratie entgegengestellt wird. Neben dieser Gruppe des Dr. Preisen kündigt ein Ausschuß die Gründung einer „großen demokratischen Partei für das ganze Reich“ an, dem u. a. Bernhard Dernburg, Fischel, G. von Gerlach, Professor von Vitz, Hr. von Nischosen, Theodor Wolf und der frühere Oberbürgermeister von Posen, Geheimrat Witting, angehören. Als ersten Grundsatzt stellt dieser Ausschuß den der republikanischen Staatsform auf und verlangt zugleich zur Entschiedenheit über die Verfassung eine „unter allen nötigen Garantien gewählte Nationalversammlung“.

Der zweite Grundsatzt lautet, daß wir die Freiheit nicht von der Ordnung der Gesetzmäßigkeit und der politischen Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen zu trennen vermögen, und daß wir jeden bolschewistischen, reaktionären oder sonstigen Terror bekämpfen, dessen Sieg nicht anders bedeuten würde als grausamsten Putsch und die Feindschaft der ganzen Welt.

Ein umfangreiches soziales Reformprogramm wird entwickelt, das freilich den Grundsatzt der Privatigentums nicht antastet. Man wird abwarten müssen, welchen Erfolg der Aufruf zeitigen wird.

Obert über die Nationalversammlung.

Wahlen im Januar?

Am Donnerstag hat das Kabinetmitglied Obert — in beträchtlichen Wählern wird er noch immer fälschlicherweise als Reichsfängler bezeichnet — zu einem Redakteur der „Völkischen Zeitung“ gesprochen:

„Wir sind fest entschlossen, die Konstituante so schnell wie irgend möglich einzuberufen. Jeder Verdacht, den einige bürgerliche Kreise gegen diese unsere Absicht hegen, ist völlig unbegründet. Wir haben bereits die ersten Vorbereitungen getroffen und denken bestimmt im Januar zu den Wahlen zu gelangen. Der Gedanke, diese Wahlen heute, d. h. vor der Rückkehr der Truppen, abzuhalten, ist darum leider unannehmlich, weil diese heute weder mehr an ihren Front- und Stoppstellen festhalten, noch andererseits schon in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Sie sind in Verwirrung und deshalb nicht zu lassen. Ich glaube auch, daß der Einwand, der Friedenskonferenz würde bis zur Nationalversammlung verlagert werden müssen, nicht zutrifft, daß vielmehr der Konzeß ganz unabhängig von der Eröffnung dieser konstituierenden Versammlung beginnen kann.“

Wir haben schon in dem Artikel „Sammlung des Bürgerums?“ unserer gestrigen Mittagsausgabe erklärt, daß auch wir die Einberufung der Nationalversammlung wollen. Aber wir verlangen Zeit, um die nächsten großen wirtschaftlichen Aufgaben der Ernährung und Demobilisierung in Ruhe zu lösen, und wir verlangen eine sorgfältige technische Vorbereitung der Wahl zur Nationalversammlung. Wir fordern eine genügende Zeit zur Agitation, zur Aufklärung des Volkes über die Bedeutung und die Aufgaben der Revolution und über das Wesen der einzelnen Parteien, die sich um das Vertrauen der Wähler bewerben. Der Zeitpunkt, den Obert für die Wahlen in Aussicht nimmt, erscheint uns deshalb zu früh gelegt. Der Termin muß gerade im Interesse einer fruchtbringenden Arbeit der Nationalversammlung weiter hinausgeschoben werden!

Unser Leipziger Parteiblatt, die „Leipziger Volkszeitung“, schreibt zu demselben Thema:

„Wohle man ebenfalls, unter Hinweisung aller andern Aufgaben, die konstituierende Versammlung einzuberufen, so würde sie unter dem Eindruck des Genocidens stehen. Nach beiderseitigen Willen, nach beiderseitigen sozialistischen Wählerum den ganzen Apparat des alten Staates. Sie werden, ohne mit der Pinzette zu gehen, ihn anzuwenden, um den Willen der Bevölkerung zu zerschlagen, um eine Zusammenberufung der Nationalversammlung zu erreichen, die ihre Wünsche entspricht.“

Die Bevölkerung dagegen hat noch keine Zeit gehabt, sich zu sammeln, die Willungen der Revolution waren zu gering. Obert

muß die Sozialisierung des Gemeinwesens ganz erhebliche Fortschritte gemacht haben, bevor die proletarische Bevölkerung vor einer Fälschung ihres Willens durch die alten Machthaber sichergestellt ist.

Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist die Situation klar. Die Bedingungen, unter denen ihre Vertreter in die Regierung eingetreten sind, bestehen heute noch zu Recht. Sie werden von ihnen nicht abgewandt. Für unsre Partei handelt es sich jetzt nicht um die allerhöchstmögliche Verbesserung der Konstituante, sondern um die Einberufung eines Parteikongresses, der die beiden Entscheidungen treffen wird, wo das in der Zukunft die allerhöchstmögliche Verbesserung des Volkes teilgenommen haben und sich heute für die Demokratie besitzern noch erhalten müssen.“

Unser Leipziger Parteiblatt spricht geradezu von einem „Vertragsbruch“ der Rechtssozialisten, den es in der Forderung einer klaren Genugtuung der Konstituante erklärt. Denn nur unter der Voraussetzung, daß vor der Berufung der Konstituante die proletarische Revolution vollständig durchgeführt und durchgeschlagen würde, seien die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie in die Regierung eingetreten, und die Mehrheitssozialisten hätten diese Bedingung auch angenommen.

Die Vorstände der Gewerkschaften für die Nationalversammlung.

Eine Vorstandskonferenz der deutschen Gewerkschaften erläßt eine Kundgebung, wonach u. a. die Gewerkschaften namentlich dafür eintreten wollen, daß die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft nicht hinter den politischen Forderungen zurückbleibt. Den Arbeitgebern im Wasserstand wird ein besonderer Dank dafür ausgesprochen, daß sie in ihrem Siege entschlossen für die Einheit der Arbeiterklasse eingetreten sind. Die Gewerkschaften hoffen und vertrauen darauf, daß die Parteifreilich „Leben“ in der Arbeiterschaft begreifen werden.

Die Gewähr für die Sicherheit und den Ausbau der Errungenschaften der Revolution erbitten die Gewerkschaften in dem Beschlusse der Volkregierung, eine Nationalversammlung auf breiter demokratischer Grundlage einzuberufen.

Zum Schluß wird die Zulassung von Gewerkschaftsvertretern zur bevorstehenden Friedenskonferenz gefordert.

Bruch der englischen Arbeiterpartei mit der Regierung.

London, 15. November. Die Konferenz der Arbeiterpartei beschloß mit sehr großer Mehrheit, die Beziehungen zur Koalitionsregierung ab zu brechen. — Thomas, der Führer der Eisenbahner, der den Antrag, aus der Regierung auszutreten unterhielt, erklärte, daß eigentlich die Arbeiter den Krieg gewonnen haben. Wenn sie auf der Friedenskonferenz nicht vertreten würden, würden sie die einzige dort nicht vertretene Klasse sein. Sie hätten das unbedingte Recht auf Vertretung nicht nur in ihrer Eigenschaft als ein Teil der Koalition. Auf der Konferenz wurde wiederholt die Forderung aufgestellt, daß der frühere bolschewistische Kommit in Glasgow, der Marcell John Maclean, der sehr interniert ist, freigelassen werden soll. Ein darauf bezüglicher Antrag wurde mit allen Stimmen angenommen.

In einer großen Versammlung in der Albert Hall, die gestern Abend zur Einleitung der Wahlkampagne der Arbeiterpartei abgehalten wurde, verlangte nach einer Neuentmeldung der Arbeiterpartei Ramsay u. a., daß die Industrien, die unter Staatskontrolle stehen, nicht wieder in Privathände zurückkehren sollen. In den Friedensbedingungen müsse dafür gefordert werden, daß die deutschen und britischen Kapitalisten in gleicher Weise unmöglich gemacht werde, die deutschen Arbeiter auszubeuten. Sandersson verlangte den Wiederaufbau der Internationalen.

Eine weitere Neuentmeldung besaß: Die acht Arbeitermitglieder der Regierung werden demnächst zusammenkommen, um zu dem Beschluß der Arbeiterkonferenz, daß sie nach Auflösung des Parlaments aus der Regierung austreten sollen, Stellung zu nehmen.

Der Abbruch des Schweizer Generalstreiks.

Bern, 15. November. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Heute früh wurde in der ganzen Schweiz die Arbeit wieder aufgenommen. Der Eisenbahnverkehr und der Post-, Telegraphen- und Telefondienst sind wieder normal. Nach Abbruch des Generalstreiks fanden Donnerstag Abend im ganzen Lande freudige Kundgebungen statt. In Bern ereignete sich eine spontane, gewaltige Manifestation. Die Menge zog vor das Quartier der Mitglieder des Bundesrats und des Generals Willie und rief sie heraus. Der Bundesrat Decoppet, Bundesrat Motta u. a. gaben der Freude Ausdruck, daß sich die verschiedenen Volksschichten des Schweizer Landes während des Krieges einig gezeigt hätten in dem Willen, die Demokratie zu schützen.

Die Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur spiegelt natürlich einseitig die Stimmung der Schweizer Bourgeoisie.

Eine andere Meldung desselben Bureaus besaß: Infolge eines Mißverständnisses (1) bezüglich des Abbruchs des Generalstreiks kam es an verschiedenen Orten zu Unruhen. In Genf wurden bei einem Zusammenstoß mit der Polizei der Sekretär der Arbeiterpartei und zwei Streikführer verhaftet, zwei Polizeibeamte verwundet. Die Arbeiterbruderschaft wurde geschlossen und der Redakteur Guibaur erfaßt, am 15. früh die Gruppe des Generals Wodens zu verlassen. In Solothurn versuchten die Streikenden, Bahngleise aufzureißen, woran sie von Truppen gehindert wurden. In Grenchen gab es bei einem Zusammenstoß zwischen Soldaten und Streikenden drei Tote. In St. Gallen mußte die Druckei des „Jura Bernoldi“ militärisch besetzt werden, weil sie die Verleumdung des Generalstreiks durch eine große Kundgebung widersprochen hatte. Gerüchte über die Verhaftung der Mitglieder des Öttenen Aktionskomitees in Bern verläugnen sich nicht.

Blutiger Zusammenstoß in Wien.

Infolge Weigerung des nachts durchfahrenden ungarischen Infanterie regiments Nr. 67 aus Eperjes gemäß den Bestimmungen die Waffen freiwillig abzugeben, kam es in der Nacht zum 16. November auf dem Charnhof in Wien zu einem heftigen Gefecht zwischen den ungarischen Truppen und der Bahnhofswehr. Dabei wurde ein Infanterist getötet, zwei Offiziere und 9 Soldaten wurden schwer verletzt.

Ein Appell Lichnowskys.

Die Briten ändern sich und wir mit ihnen. In der Spitze der Abend-Ausgabe des „Vorwärts“ prangt ein Aufruf des aus dem jetzt aufgelösten Herrnhäuser „ausgeschlossenen Fürsten Lichnowsky, des ehemaligen deutschen Botschafters in London: „An die britische Nation“. Es ist ein warnender Appell an die Einsicht und Menschlichkeit der führenden Staatsmänner und Soldaten in Großbritannien die unerhörten Waffensstillstandsbedingungen zu mildern, den Neuaufbau des deutschen Staates zu sichern und ein Chaos zu verhindern. Lichnowsky appelliert an die Vernunft der britischen Nation, gestützt auf seine früheren persönlichen Erfahrungen:

„Nachdem die Woche erreicht hat, für die England in den Krieg eintrat, der Schwere Deutschlands und Frankreichs und schließlich die Umwandlung Deutschlands in ein Staatswesen auf demokratischen Grundlagen, vermag ich immer noch nicht zu glauben, daß das Bedürfnis nach Ruhe, der Wunsch, das deutsche Volk zu erlösen, alle anderen Bekümmernisse zurückdrängt, die vor dem Kriege das deutsche Volk beherzigen und deren Lösung ich bei so vielen Anlässen versucht bin.“

Er weist auf die Folgen eines Erdrosselungsfriedens hin, die er mit beredten Worten ausmalt:

„Draußen ist darauf hinzuzusehen, daß ein Gewaltfrieden unter unangenehm Ausbeutung unserer personalen Lage das Ideal des Völkerverbundes, den künftigen Weltfrieden gefährden würde, ein Frieden mit Bedingungen, die anderen Anzeichen und wirtschaftlichen Kain herbeiführen, daß die Verschärfung des Vaterlandes, die Abrennung großräumig und wirtschaftlich unentbehrlicher Gebiete, welche ihren Wohlstand, ihre politische Verwaltung, deutscher Ordnung verbannt, die Vernichtung der Arbeit vieler Generationen und die Verleugung geschlossener deutscher Volkswirtschaft bedeuten würde.“

Ich spreche als deutscher Patriot und zugleich als Freund Englands zum britischen Volk, zu allen Engländern, die aus dem Geiste dieses Krieges den Sinn für Menschlichkeit und Gerechtigkeit getrübt deren politische Freiheit nicht durch Leidenschaft getrübt ist, und frage sie, ob sie uns helfen wollen, einen Zustand zu schaffen, der auf neuen Grundlagen die spätere Versöhnung und Wiedervereinigung, die Wiederherstellung der beiden Nationen unentbehrlichen Grundbedingungen, die gegenwärtige friedliche Arbeit im Dienste des Gemeinwohlens ermöglicht, ermbücht, oder ob sie die Grundzüge zerstören, das deutsche Volk verunsichern, dem Chaos preisgeben und dadurch den Weltfrieden und die Weltordnung illusorisch machen wollen?

Wagt an das Mitleid, an die Einsicht wende ich mich und hoffe, daß mein Ruf nicht ungehört bleibt.“

Es ist fraglich, ob die Stimme des ehemaligen Diplomaten bei seinen Kollegen in London Gehör finden wird. Auch dieser Aufruf zeigt jene Ueberbätigung der Einzelverpflichtung und der Diplomatie, die ein Hauptmerkmal jener Denkschrift bildet, deren Veröffentlichung Lichnowsky die Unnade aller Alldeutschen auso. Aber nicht nur die Alldeutschen verdammen die „frivole“ Schrift des Gesandten, sondern auch Scheidemann, der die Schote seines Spottes über den Fürsten aus, dem er im Hauptanhang des Reichstages die Freiheit vorwarf. Die Presse der Mehrheitsfraktion schloß sich vielfach der sehr abfälligen Kritik der Lichnowsky-Drahture an. Damals bedeuteten aber die Enthüllungen des Fürsten trotz ihrer Unanständigkeit und diplomatischen Unsicherheit eine wichtige Aufklärung über die wahren Kriegsurachen für viele Kreise des deutschen Volkes, die durch Renier und Lügnerpresse über den wirklichen Vorgang im August 1914 täuschlich und unanständig geläutert wurden.

Heute ist die Penur gefallen, und heute liest man es auch im „Vorwärts“ anders. In einer redaktionellen Vorbemerkung heißt es zum Schluß:

„Jetzt, da es kein preussisches Verbrechen und keinen König von Preußen mehr gibt, wendet sich der ehemalige Botschafter durch den „Vorwärts“ in freier Willen an England. Er spricht aber diesmal nicht weniger im Auftrag und im Sinne Deutschlands als damals, da er als feierlicher Botschafter in der Hauptstadt des britischen Reiches seines Landes wartete.“

Welche Wendung durch Gottes Willen! Damals der eitle Diplomat, heute der Sprecher des deutschen Volkes. Wir freuen uns dieser Wendung und wünschen den Worten des Fürsten einen fröhlichen Widerhall unter den Friedensfreunden der einsichtigen Politiker in Großbritannien. Wir erwarten allerdings weit mehr von einer energiegeladen, zielklaren Opposition der britischen Arbeiterklasse gegen eine Gewaltfriedenpolitik der englischen Regierung einer Opposition die nach den neuesten Meldungen auf dem Marokko ist. Wäre die Arbeiterpartei vor allem die Worte Lichnowskys beherzigen und jene selbständige Politik verfolgen, wie sie Ramsay Macdonald und andere Führer energisch verlangen.

Politische Nachrichten.

Zur Geschäftsverteilung im Kabinet wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei der früheren Veröffentlichung ein Fehler unterlaufen ist, wenn es darin heißt, daß Dittmann neben dem Demobilisierungs- und Verkehrsminister auch noch die Justiz- und Gesundheitsfragen übertragen worden sind; vielmehr sind Justiz, an Orsage und Gesundheitsangelegenheiten an Barth überwiesen worden.

Zwei neue Verordnungen wurden von der Regierung erlassen die eine über die Ueberwachung des Post- und Telegrammverkehrs mit dem Ausland, die andere über die Sicherung der Kriegstelegraphen.

Die ersten Bauernräte. Im schlesischen Kreise Jauer sowie im hannoverschen Bezirk Sphle haben sich Bauernräte gebildet. Der von Jauer besteht aus drei Bauern, drei Handarbeitern und einem ländlichen Handwerker, die durch Stimmzettel gewählt wurden.

Der Reichshaupter Bundesrat erklärte nach einer Meldung des W. L. B. seine Bereitwilligkeit, die Regierung niederzuliegen.

Auch der Fürst von Schaumburg-Lippe entschloß sich, dem Zuge der Zeit folgend, für sich und sein Haus dem Thron zu entsagen.

Ein Widerstandler. Der Fürst von Waldeck-Pyrmont lehnte den förmlichen Thronverzicht ab, worauf der Kaiser und Kaiserin seine Abdankung erklärte.

Kaiser Karl von Oesterreich richtete an den ungarischen Ministerpräsidenten ein Handschreiben, in dem er ausdrücklich auf jeden Anteil an der Führung der Staatspolitik verzichtet. Die Proklamation der ungarischen Republik steht unmittelbar bevor.

Neue Regierungserlasse.

Entlassung aus dem Heere in der Heimat.

Unterm 15. November ergeht folgender Aufruf:
Es können nicht alle Soldaten des großen deutschen Heeres und der Flotte zugleich entlassen werden!
Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden!

Die Entlassung muß sich nach den Verkehrrsmöglichkeiten richten, sie muß ordnungsmäßig vor sich gehen.

Darum Geduld und Ruhe, bis jeder an der Reihe ist. Am Heimatheer ist fürs erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1879 einschließlich angeordnet, jüngere werden folgen. Leute in unentbehrlichen Diensten, z. B. Gefangenbewachung, müssen warten, bis sie erlöst sind.

Leute aus Elfaß-Lothringen, die nicht freiwillig dienen wollen, sind sofort zu entlassen.

Leute aus dem linksrheinischen Raumungsgebiet und aus den Brückenköpfen können sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Nachklassen 1898 und 1899 angehören.

Wer von seiner Formation aus irgendeinem Grunde abgekommen ist, sucht die nächste militärische Dienststelle auf und bittet um einen Urlaubsschein in seine Heimat oder um einen Nachschein zu seinem Ersatztruppenteil.

Wer mit Urlaub heimfährt, steht zu Hause nach den öffentlichen Anschlägen und Zeitungsnachrichten, aus denen er erfahren wird, wie er nachträglich zu seinen Entlassungspapieren und Nachschießprüfungen kommt. Bis dahin dient ihm der Urlaubsschein als Ausweis.

Wer vom Truppenteil oder von seiner Ersatzformation ordnungsmäßig entlassen wird, erhält 50 Mark Entlassungsgeld.

Jeder Soldat erhält einen Entlassungsantrag.
Der Kriegsminister
Scheuch.

Göhre.

Eine gleichzeitige Bekanntmachung besagt:
1. Jedem am 9. November 1918 und später aus dem Heeresdienst ordnungsmäßig ausscheidenden Unteroffizier und Mann soll verabsolot werden:

- a) unentgeltlich ein Entlassungsgeld (soweit der Vorrat reicht Zivil, sonst Uniform).
- b) ein einmaliges Entlassungsgeld in Höhe von 50 Mark.
- c) als Marischale, soweit Marischalebefugnisse zuständig sind, vom Truppenteil ein Marischalebetrag von 15 Mark.

2. Die Verabsolotung von 1b wird abhängig gemacht von einer ordnungsmäßigen Entlassung.

- a) Abgabe der noch im Besitz befindlichen Waffen und Munition.
- b) Empfangnahme der Entlassungspapiere.
- c) Anerkennung der Stammtafel.

Der Kriegsminister
Scheuch.

Neuordnung der Kommandantenverhältnisse.

Der Vorgesetzte des Arbeiter- und Soldatenrates gibt bekannt: Um eine einheitliche Regelung der Demobilisierung durchzuführen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandantenverhältnisse notwendig. Die Stellvertretenden Generalkommandos, der Generalstab und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt ab dem Kriegsministerium unterstellt. Dessen Weisungen haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium sowie alle Reichsbehörden unterstehen der Kontrolle des Vorgesetzten des Arbeiter- und Soldatenrates.

Gegen den Mißbrauch der Schule.

Unterm 15. November ist aus dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgende Verfügung an die Provinzialschulkollegien und Regierungen ergangen:

1. Wo bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrfächern dazu mißbraucht wurde, Volkserziehung zu betreiben, ist ein solches in Zukunft unbedingt zu vermeiden und hat vielmehr einer sachgemäßen kulturhistorischen Belehrung Platz zu machen. Axtendenzösen und falschen Behauptungen über den Weltkrieg und seine Ursachen sind zu vermeiden.
2. Aus Schulbibliotheken sind alle Bücher zu entfernen, welche den Krieg an sich verherrlichen.
3. In keinem Unterrichtsfache sind seitens der Lehrkräfte abfällige oder entstellende Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der Revolution sowie der gegenwärtigen Regierung zu äußern, welche geeignet sind, bei der Schuljugend das Ansehen und die Errungenschaften dieser Volksbefreiung herabzuwürdigen.
4. Es hat seitens der Schulleiter und Lehrer im Verkehr mit der Jugend alles zu unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution (besonders auf dem linken Bande) zu führen, da solches Vorgehen im jetzigen Augenblicke die größte Gefahr des Bürgerkriegs für unser Volk in sich birgt.
5. Was zum Erlasse über Trennung von Schule und Kirche sind Kinder von Dissidenten und solche Andersgläubiger, für die ein Religionsunterricht im jetzigen Schulplan nicht vorgesehen ist, auf Antrag der Erziehungsbehörden ohne jeden weiteren Nachweis vom Religionsunterricht zu befreien.

Adolf Hoffmann.

Kriegsanleihen und Bankguthaben.

Der Rat der Volksbeauftragten, gez. Ebert und Haase, erläßt folgende Bekanntmachung:
Um umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Reichsregierung:

1. Wir beabsichtigen nicht, eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkastenguthaben, von Vorräten an Geld- oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots vorzunehmen.
2. Wir beabsichtigen nicht, die Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe oder die Kriegsanleihen überhaupt für ungültig zu erklären oder in ihrer Rechtsgültigkeit anzutasten. Die Regierung beabsichtigt jedoch, die großen Vermögen und Einkommen auf das Schärfste zur Deckung der Ausgaben heranzuziehen.
3. Die öffentlichen, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der Soldaten der ersten und zweiten Klasse, der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten der Offiziere und der anderen Personen des Soldatenstandes, der Kriegsbekleideten und der Hinterbliebenen dieser Personen bleiben völlig unberührt und weiterhin in Kraft.

Groß-Berlin.

Die Arbeitslosenfürsorge.

Zur Unterstützung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge werden Reichsmittel bereitgestellt. Die Gemeinden sind verpflichtet, eine solche Fürsorge einzurichten. Sie darf nicht den Charakter der Armenpflege tragen. Den Gemeinden oder Gemeindeverbänden werden von dem Gesamtstaatsfonds vom Reich sechs Millionen und von den Bundesstaaten vier Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. Zuständig für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung ist die Gemeinde des Wohnortes der Arbeitslosen. An Stelle der Geldunterstützungen können auch Sachleistungen treten.

Von der jetzigen Regierung darf man wohl erwarten, daß sie die Organisation der Arbeitslosenfürsorge mit Eifer und Energie betreibt. Die Fürsorge darf natürlich nur ein Nebenprogramm sein, sie muß baldigst einer geregelten Forderung weichen.

Ausdehnung der Volksspeisung.

Nach Vereinbarung mit den Magistraten Berlins treten demnächst folgende Bestimmungen in Kraft:
Die Berliner Volksspeisung soll hinfort in weiterem Umfang als bisher der Berliner Bevölkerung Dienste leisten. Neben dem Mittagessen, auf dessen Verbesserung händig hingewirkt werden wird, soll auch noch eine dicke Abendsuppe verabsolot werden. Die Ausgabezeiten streben für das Mittagessen wie bisher von 1/2 bis 1/2 Uhr, für die Abendsuppe werden sie vorläufig auf die Zeit von 6 bis 7 1/2 Uhr festgesetzt.
Die beiden Küchen Selterstr. 16/31 und Markthalle Luisenpark werden wieder in Betrieb gesetzt. Die Zahl der Ausgabestellen wird im Bedarfsfalle vermehrt werden.
Abendsuppe wird vorläufig in folgenden Ausgabestellen verabsolot:
Liedowstr. 11, Grefenbagenstr. 20, Landberger

- Allee 59, Remerstr. 24/25, Höchststr. 34/35, Rabenstr. 12, Müllerstr. 153/59, Generalmarthalle Hochstraße, Gartenstr. 107, Waldemarstr. 77, Reichensberger Str. 131/32, Luisenpark 16/16, Alte Jakobstr. 127, Bremer Straße, Kottbuser Str. 92, Tempelhofer Ufer 20, Genshiner Str. 4, Grounstr. 11, Baiterstr. 5, Rippstr. 81/82, Rankestr. 78, Selterstr. 16/31, Völkerrstr. 13, Müllerstr. 48, Liedowstr. 67, Rappelerstr. 3, Tiefenbachstr. 151, Schmidtstr. 30, Markthalle Arminiusplatz, Alt-Neubau 23, Wilmersdoerfer Str. 34/37, Culmstr. 15.

Auch die Zahl der Ausgabezeiten für Abendsuppe wird im Bedarfsfalle sofort erhöht werden.

Die Anmeldung für das Mittagessen kann täglich während der Ausgabezeit für den nächsten Tag erfolgen. Sie wird auch noch für denselben Tag vormittags von 8 bis 10 Uhr angenommen. Soweit die Einrichtungen es ermöglichen, wird auf diese Anmeldungen ein Eilen nachgeliefert, aber zu einer späteren von der Verwaltung festzulegenden Zeit. — Für das Abendessen wird von einer Voranmeldung abgesehen.

Bei der Anmeldung sind nach Vorschrift des Kriegsernährungsamtes für jede Portion und für jeden Tag, gleichviel ob Fleisch oder Kartoffeln in dem Eilen enthalten sind oder nicht, je 1 Abschnitt der Fleisch- und der Kartoffelkarte, für jede halbe Portion je 1/2 Abschnitt der beiden Karten abzugeben. Für die Abendsuppe wird nur ein Abschnitt der Kartoffelkarte (mit 1/2 Portion 1/2 Abschnitt) beansprucht, wenn in dem Eilen Kartoffeln verabreicht werden.

Gegen unzulässige Beschlagnahme des Privateigentums.

Der Leiter des Sicherheitsdienstes, Prinz, gibt bekannt: Die bestehenden Gesetze haben durchaus ihre Gültigkeit behalten. Nur auf Grund von amtlichen Verfügungen des Kriegswirtschafts- und der Reichsbehörden sind derartige Maßnahmen in Kraft.

Woh! Euch nicht einschüchtern; es ist niemand berechtigt, Privateigentum anzugreifen. Verlangt sofortige Hilfe, schickt sofort die Nachbarschaft zu dem mit hilfsbereiten Soldaten besetzten nächsten Posten.

Ueberriffe werden strengstens durch Standgerichte geahndet; Erpressungen und Plünderungen werden eventuell durch sofortige Erschießung im Keime erstickt.

Eine Blündererbande im Gefolge.

Unter dieser sensationellen Überschrift berichtete der „Volks-Anzeiger“ am Donnerstagabend, daß in das Schloß etwa 50 Soldaten und einige Zivilpersonen unter dem Vorwand eingedrungen seien, sie wären vom Arbeiter- und Soldatenrat mit der Suche nach Lebensmitteln beauftragt worden. Die „Bande“ hätte dann geplündert und sei von den Wachen aus dem Schloß vertrieben worden. — Wie aus dem Bericht des Arbeiter- und Soldatenrates hervorgeht, handelte es sich um ein Mißverständnis. Allerdings sind Wachen in das Schloß gedrungen. Die Leute, die sie vorfanden, waren aber nicht weniger als Blünderer. Es waren vielmehr die Soldaten, die leinerezeit das Schloß besetzt und vor Blünderern geschützt hatten. Die Untersuchung ergab denn auch die Unschuld der falsch Verdächtigten, die natürlich auf freien Fuß gesetzt wurden.

Keine unterirdischen Gänge im Markfall.

Amlich wird berichtet: Die Gerüchte, daß sich im Markfall ober in seinen Nebengebäuden unterirdische Gänge befänden in welchen Personen und Vorräte verborgen sein sollen, tauchen immer wieder von neuem auf. Die Grundlosigkeit dieser Behauptungen ist durch eingehende Untersuchung einer Kommission des A. u. S. Rates erwiesen worden. Um den wiederholt auf tretenden Gerüchten entgegenzutreten zu können, hat sich der Leiter des Markfalls, Graf Westphalen, bereit erklärt, eine nochmalige Untersuchung dieser Gebäude durch eine Kommission von Fachleuten vornehmen zu lassen.

Die beiden ehemaligen Kgl. Operntheater — Staatstheater! In den letzten Tagen wurden von sämtlichen Anstelltengruppen des ehemaligen Kgl. Opernhauses Ausschüsse gewählt. Diese wurden am gestrigen Freitag nachmittag von dem Finanzminister Dr. Siedem empfangen. Der Minister teilte mit, daß die beiden ehemaligen Kgl. Theater als Staatstheater übernommen werden sollen, ferner daß die dem Generalmusikdirektor Dr. Strauß übertragene Leitung des Opernhauses eine provisorische sei. Die endgültige Regelung der Leitung und anderer Fragen werde unter Hinzuziehung der Ausschüsse und Berufsorganisationen in einigen Tagen erfolgen.

Für die Wohnbarmachung leerstehender Wohnungen sollen vom Magistrat Zuschüsse gewährt werden. Für Wohnungen, denen zur Reise die Beleuchtungsanlage fehlt, wird bei Einziehung von Gas 35 M. für jeden Wohnraum gewährt, bei Einziehung von elektrischem Strom — ein Lichtmaß für jeden Wohnraum — trägt die Stadtgemeinde die vollen Kosten. In den Fällen, in denen es sich um Wohnbarmachung stark abgemieteter Wohnungen handelt, zahlt die Stadt 750 M. für jeden Quadratmeter Wohnfläche. Auch in einer Reihe anderer Fälle werden Zuschüsse gewährt. Die Hausbesitzer werden sich darüber nicht ärgern.

Der gesamte Postverkehr nach dem General-Gouvernement Warschau, ferner nach Crien südlich des Brenner und in der Strecke Innsbruck-Brenner sowie nach Timme ist eingestellt. Im weiteren ist der Paketverkehr nach Dalmatien, Krain, Kärnten, Steiermark, Ungarn, Kroatien und Slavonien gesperrt. Nach dem Militär-Generalgouvernement Lublin sind Postamt, Postamt, Postamt, Postamt und Postamt nicht mehr zu verlassen. Nach Czernowitz (ab Sanz), der Bukowina und nach Vojvodina-Serzegowina sind nur gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen zulässig.

Lebensmittelnachrichten. In der Woche vom 18. bis zum 24. November wird als Ersatz für Fleisch Weizenmehl ausgegeben, und zwar auf die Fleischkarte für Erwachsene 250 Gramm und auf die für Kinder 125 Gramm. Die Karte erfolgt in Berlin auf die an der Berliner Fleischkarte befindlichen 10 Fleischmarken der 47. Woche unter gleichzeitiger Vorlegung der Lebensmittelliste oder der Berliner Begleitkarte bei dem zuständigen Händler, bei dem die Anmeldebuchnummer Nr. 69/70 der Lebensmittelkarte abgegeben worden sind. Voranmeldung ist nicht erforderlich. — In der Zeit bis Dienstag den 19. November 1918 wird an diejenigen Kunden, die in den Speisefesthalten der in den Bezirken der 29., 31. und 32. Volkskommission gelegenen Geschäfte (Büfale, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Mehl verteilt.

In den Bezirken der Volkskommissionen Nr. 60, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 210 und 210 beginnt der Verkauf der Mohrrüben (5 Pfund) und Zwiebeln (2 Pfund) gemäß den Bekanntmachungen vom 29. v. M. und 14. d. M. am Sonnabend, den 18. d. M.

Die Besuchsberechtigten müssen bei dem Kleinhändler, bei dem die Voranmeldung erfolgt ist, Nachweise bringen. Die Einschränkung des Telegrammverkehrs wird von der Reichspostverwaltung für dringend notwendig erachtet wegen der bestehenden Personalschwierigkeiten. Nur in ganz dringend nachweisbaren Fällen kann von dem Telegraphen Gebrauch gemacht werden. — Die Annahme sämtlicher nichtamtlicher Feldpostsendungen nach der Westfront und die Annahme von Feldpostsendungen nach der Ostfront sind eingestellt worden.

Einigen von Fürsorgeämtern macht die städtische Wassendeputation darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig ist, die der Fürsorgeerziehung überwiesenen Kinder auf eigene Faust aus Anstalten und Pflegeheimen hinwegzunehmen. Die Wassendeputation, die die Ausführung der Fürsorgeerziehung überträgt, muß in solchen Fällen die Zurückführung der Kinder veranlassen.

III. Kreis. U. S. V. D. Heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Bezirksleiterkonferenz statt. Der Platz steht der Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller Funktionäre dringend erforderlich. Der Vorstand.

„Proletarier und Intellektuelle vereinigt Euch!“ Die unter diesem Titel für Sonntag, den 17., 1/2 Uhr im Lehrervereinshaus angeordnete Versammlung muß verschoben werden. Sie findet Dienstag, den 19., abends 8 Uhr, in den Prachtzügen des Westend, Spichernstraße, statt, und soll eine Solidaritätskundgebung der geistigen Arbeiter Deutschlands mit den A- und E-Mäten sein. Unter den Einberufern und Rednern befinden sich: Edward Bernstein, Ernst Däumig, G. v. Gersdorff, Karl Kautsky, Luise Zich und andere.

Achtung! Die Parteigenossen in militärischer Stellung, die die Einlösung auf dem Parteibureau zur Verfügung gestellt haben, werden ersucht, sich heute, Sonnabend, um 4 Uhr, im Sekretariat der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Schiffbauerdamm 21, einzufinden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. S. Rehrig, Berlin-Wilmersdorf. Druck der Lindenbrücker und Verlagsanstalt, m. b. H. Schiffbauerdamm 19

Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund (Bund.)

Donnerstag, den 17. November, nachm. 1/2 Uhr

im großen Saale der Brauerei Bötzwow, Prenzlauer Allee 247

Massenversammlung.

Verbindungen durch Straßenbahn Nr. 1, 2, 4, 60, 61, 72, 73

Hochaktuell!

Die Demobilisierung des Arbeiterheeres.

Von

Dr. rer. pol. Curt Goldschmidt, Diplomingenieur.

Wer hat die Lasten der Demobilisierung zu tragen? Arbeiter und Soldaten oder der Unternehmer?

Arbeitslosigkeit und Kommandantenstand oder Beschäftigungsbewahrung des Unternehmers

Zu haben für 2.— Mk. in allen Buchhandlungen oder beim Verleger Otto Dreyer, Karl-Liebknechtstraße 19.

Wahlverein 4. Kreis

U. S. P. D.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Buchbinder

Aug. Schnabel

gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Sonntag, den 18. November, nachm. 4 1/2 Uhr im Krematorium Gerichtsstr. statt. Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Nachruf.

Am 8. November verstarb unser Genosse

Agnes Hasebach

Insterburger Straße 5, Bezirk 344.

Ehre ihrem Andenken!